

## **Partizipation, Integration und öffentlicher Raum**

*Jens S. Dangschat*

Stadtgesellschaften werden aufgrund eines mehrdimensionalen sozialen Wandels seit den 1980er Jahren vielfältiger. Diese mittlerweile mehrfach belegte Aussage ist in aller Munde. Sie ist jedoch einerseits mit unterschiedlicher Konnotation verbunden und andererseits in ihrer Tragweite meist nicht zu Ende gedacht. Vielfalt bedeutet in Abgrenzung zur Einfalt Lebendigkeit, Abwechslung und wiederholt Neues. Zudem wird der Vielfalt das Potenzial zu Kreativität und Innovation zugesprochen. Letztere Einschätzung kommt aus einem unternehmerischen Denken der modernen Dienstleistenden. Hierbei wird Vielfalt durch unterschiedliche Herkunft, Sozialisation und fachlichen Blick zum Transfer bislang nicht gehörter Aspekte in neue Diskurs- und Reflexionsarten »importiert« (Kreativität). Dies führt dann in der unternehmerischen Praxis zu neuen Produkten, neuen Prozessen sowie neuen Images und Kommunikationsformen (Innovation).

Vor dem Hintergrund einer modischen Interpretation einer Stadt, wonach diese ein Unternehmen ist, sind die Thesen von Richard Florida (2002) auf offene Ohren und zukunftsgerichtete Gedankengebäude gestoßen. Infolgedessen wird die ‚creative class‘ zum Prototypen und ihr Spektrum der ‚creative industries‘ zum Alleinstellungsmerkmal moderner Urbanität erklärt. Dass in diesem Zusammenhang des Creativity-Hypes ein gedanklicher Fehler gemacht wird, sei hier nur am Rande erwähnt: In der Aufzählung der Branchen und Berufsfelder der ‚creative class‘ bei Richard Florida (2002) handelt es sich in Wahrheit um unternehmerische Dienstleistungen mit starkem juristischen und betriebswirtschaftlichen Kontext, der sich generell dem Verdacht von Kreativität entzieht. Eher am Rande, aber verstärkt in den Milieus, zu denen sich die AktivistInnen im Partizipationsdiskurs rechnen, wird eine »soziale Kreativität« eingefordert. Vermutet, gesucht und mobilisiert wird sie entweder bei KünstlerInnen in Projekten der Sozialarbeit, den durchschnittlichen, meist aber übersehenen und überhörten BürgerInnen und/oder in den migrantischen Netzwerken.

Die sich ausbreitende Resignation gegenüber den Möglichkeiten und (Nicht-)Handlungen der verfassten parlamentarischen Demokratie hat zu folgenden Forderungen geführt: In den oftmals bedrängten Alltagssituationen sollen Plattformen für soziale und künstlerische Kreativität und Innovationen etabliert und paternalistische Hilfesysteme sollen zumindest mit neuen Zugangsformen zur Entwicklung von Selbstbewusstsein ergänzt werden. Am Beispiel des Öffentlichen Raumes und vor dem Hintergrund der skizzierten hohen normativen Erwartungen zeigt der Beitrag zum einen, vor welchen Integrationsherausforderungen eine vielfältige und räumlich segregierte Stadtgesellschaft steht. Zum anderen wird aufgezeigt, welche Möglichkeiten dafür bestehen, den Integrationsprozess zwischen sehr unterschiedlichen Interessensgruppen zu unterstützen. Zuvor werden jedoch die Prozesse des vielfältigen sozialen Wandels benannt. Damit soll auch deutlich gemacht werden, dass nicht alle Menschen so denken und handeln, wie die Mehrheit der LeserInnen dieser Veröffentlichung. Denn die



gegenwärtigen gesellschaftlichen Ausdifferenzierungen sind weder »gottgewollt«, noch folgen sie naturwissenschaftlicher Logik. Vielmehr sind sie Ausdruck gesellschaftlicher Prozesse von Macht und Ohnmacht, Aktivität und Passivität, Pro-Aktivität und Resignation. Und in machtvollen Kreisen werden die gesellschaftlichen Ausdifferenzierungen zumindest billigend in Kauf genommen.

### **Prozesse des sozialen Wandels und dessen Folgen**

Die Gegenwart ist von einem derart intensiven und tiefgreifenden sozialen Wandel geprägt wie kaum eine Zeit zuvor. An dieser Situation wird sich absehbar kaum etwas ändern. Denn die Durchdringung des Alltags mit Technologien und die globale Vernetzung von Informationen, wirtschaftlichen Tätigkeiten, des Finanzkapitals, der kulturellen Codes werden an Intensität und Breite weiter zunehmen. Die Folgen für die hiesige Gesellschaft sind zum einen eine zunehmende sozioökonomische Polarisierung. Diese beruht auf Entwicklungen am Arbeitsmarkt und auf einem Sozialstaat, der weder in der Lage noch bereit dazu ist, die entsprechenden Risiken auf dem bisherigen Wohlstandsniveau aufzufangen und zu kompensieren. Die Mehrheit der Bevölkerung scheint diese Entwicklung offenbar mitzutragen. Zum anderen wird die Ausdifferenzierung nach Wertemustern, Lebensweisen und Lebensstilen weiter zunehmen, was in einer zunehmenden Interessenspluralität zum Ausdruck kommt. Schließlich durchlaufen die europäischen Gesellschaften einen permanenten Prozess des demografischen Wandels, innerhalb dessen gegenwärtig die ‚aging society‘ (über)betont wird. Zu diesem Prozess gehören jedoch ebenso die Zuwanderung und die daraus resultierenden Integrationsherausforderungen sowie die kleiner werdenden Haushalte.

Neben diesen drei großen Linien des sozioökonomischen, soziodemografischen und soziokulturellen Wandels ist bedeutsam, dass deren Erscheinungsformen innerhalb Deutschlands sehr unterschiedlich wirksam werden. Es gibt sowohl auf der regionalen Ebene (zwischen den Bundesländern resp. den Bezirken), aber vor allem auch innerhalb der Städte und Kreise unterschiedliche Konzentrationen. So sind vom Prozess der Überalterung vor allem die strukturschwachen Regionen betroffen (in Ostdeutschland und in den Grenzregionen). Innerhalb der Stadtregionen verläuft die Segregation hingegen vor allem entlang des Baualters der Wohnungen. Großstädte mit einem hohen Anteil an Hochschulen sowie einem rasch wachsenden Anteil moderner Dienstleistungsberufe werden in ihrer Wohnbevölkerung eher jünger und erreichen vorübergehend sogar einen positiven natürlichen Bevölkerungssaldo.

Der soziale Wandel geht also mit einem Wertewandel einher, der in Diskurse über die Auseinandersetzung mit der Neo-Liberalisierung, der Ökologisierung, der Veränderung der demokratischen Ordnung, der Technisierung des Alltags sowie der Änderung der Einschätzung des Risikos von Atomtechnologie etc. eingebettet ist. Sichtbar wird der Wertewandel zum einen in Form einer Reorganisation des Aufbaus der Gesellschaft (nach Kategorien sozialer Ungleichheit) und zum anderen in Form neuer institutioneller Settings (PISA-Regelungen resp. die ECTS der Hochschulen, Gesetzgebung im Zuge der Krisen des Finanzkapitalsektors, aber auch Aushandlungsverfahren im Zuge der Stuttgart 21-Debatte). In Folge sozioökonomischer Polarisierungen und soziokultureller Ausdif-



ferenzierungen nimmt die Vielzahl und Vielfalt »der Anderen« zu. Zugleich ziehen sich gerade die bildungsorientierten Mittelschichten zunehmend in die »Gemeinschaft der Gleichen« zurück. Beide Prozesse stellen die Identifikation mit der Stadtgesellschaft als Ganzes zumindest in Frage.

Aus diesen in groben Zügen beschriebenen Elementen des sozialen Wandels wird zweierlei deutlich: Zum einen nehmen Interessensgegensätze innerhalb der Bevölkerung nicht nur zu, sondern sie werden auch in neuer Form formuliert und ausgehandelt. Zum anderen verteilen sich die Träger von Interessen und die Träger von bestimmten »Kulturen des Ausdrückens« dieser Interessen zunehmend ungleich im Raum. Dies ist insbesondere dann relevant, wenn man ortsbezogen intervenieren möchte oder sollte. Gerade dann wird deutlich, dass man sich nicht auf statistische Daten verlassen kann. Stattdessen sollte man sich vergewissern, welcher Interessensausschnitt in welcher Kombination von der Intervention »betroffen« ist, mit welchen Personen(gruppen) man rechnen muss und wen man zur Zusammenarbeit gewinnen kann und sollte.

Verwaltungen orientieren sich zu diesem Zweck überwiegend an kleinräumigen Statistiken der Wohnbevölkerung. Diese werden jedoch der Realität aus zwei Gründen immer weniger gerecht. Zum einen basieren sie nahezu ausschließlich auf demografischen Informationen, die sich gut berechnen und fortschreiben lassen. Doch selbst wenn diese Informationen einigermaßen aktuell sind, sagen sie immer weniger darüber aus, was die Menschen denken und wie sie handeln (wollen). D. h. diese Informationen können immer weniger Abweichungen bei den Einstellungen und Verhaltensweisen erklären, weil beispielsweise Angehörige einer Alters- oder Bildungsgruppe, eines Haushaltstyps oder einer Nationalität sehr unterschiedliches wollen und dann auch tun. Dieser Prozess wurde in der Soziologie als »Individualisierung« bezeichnet (vgl. Beck 1995).

Zum anderen haben wir uns an die Routine gewöhnt, dass Menschen von der Statistik über ihren Wohnstandort erfasst, von der Wissenschaft beschrieben und von Kommunalverwaltungen und der Kommunalpolitik interpretiert werden. Insbesondere wird diese Routine auf das Phänomen der Konzentration von Armutsbevölkerung resp. von spezifischen Gruppen von Zugewanderten angewandt und daraufhin ein ‚social mix‘ propagiert. Diese vor ca. 100 Jahren entstandene und kaum hinterfragte Logik ging noch davon aus, dass die Menschen sich im unmittelbaren Wohnumfeld bewegen und dort durchgängig sozialisiert werden. Eine Annahme, die vor dem Hintergrund der heutigen Informationsnetzwerke und den Bewegungsmustern im Raum »sinn«los geworden ist. Erste Forderungen aus der sozialwissenschaftlichen Forschung werden formuliert, stattdessen die Menschen in ihren Netzwerken und Bewegungsmustern zu erfassen und zu klassifizieren (vgl. Urry 2000, Urry 2007).

### **Warum der öffentliche Raum so wichtig ist**

Diese propagierte neue Sicht auf die »Verortung« der Wohnbevölkerung in sozialen Netzen und Aktionsräumen wäre auch die angemessene Form, um über den Zusammenhang zwischen gebautem öffentlichem Raum und sozial differenzierter Wohnbevölkerung zu diskutieren. Entscheidend für die Nutzung des öffentlichen Raumes



sind vor allem die Bewegungsmuster im Netzwerk des öffentlichen Raumes (dem man nicht durch den Blick auf einen Platz oder Park angemessen gerecht werden kann) und nicht die Konzentration in Wohnblöcken oder Hauseingängen, die an den öffentlichen Raum angrenzen (vgl. zur Kritik an diesen engen Statistik- und Containerraum-Vorstellungen Breitfuss et al. 2006).

Der öffentliche Raum ist der Bewegungsraum der unterschiedlichen Menschen in einer Stadt (Bewohnende, Arbeitende, Besuchende). Hier trifft man auf Unterschiede im Aussehen und im Verhalten, aber eben auch auf unterschiedliche Interessen, Sichtweisen und Interpretationen des Sozialräumlichen. Hier findet der soziale Austausch statt, der erst eine soziale Mischung zum integrativen Erfolgsmodell oder aber zur Entfremdung und Feindseligkeit führt. Nicht das physische Beieinander-Wohnen ist entscheidend, sondern wie Menschen miteinander umgehen und inwiefern Unterschiede zwischen ihnen bedeutsam sind für soziale Schließungsprozesse. Der öffentliche Raum in einer Großstadt ist damit ein politischer Raum, indem er Meinungsvielfalt provoziert und zulassen sollte. Er beinhaltet aber auch einen Regelungsbedarf, der nur im »Gegenstrom-Prinzip« des bottom-up und des top-down ausgehandelt werden kann.

Der öffentliche Raum ist zudem für Stadtverwaltungen und die Kommunalpolitik eines der wenigen verbliebenen Felder, in dem eine Kommune in ihrer Zuständigkeit aktiv werden und die Rahmenbedingungen für den öffentlichen Raum festlegen kann, damit dieser zur Identifikation mit dem Ort beiträgt. Diese Zuspitzung gilt insbesondere dann, wenn fiskalpolitische Überlegungen den Gemeinderat dazu bewogen haben, die stadteigenen resp. stadtverwalteten Wohnungen zu verkaufen.

### **Variationen zur Funktion und Lage des öffentlichen Raumes**

Um über einen möglichen Beitrag (der Gestaltung) des öffentlichen Raumes zur Kohäsion einer Stadtgesellschaft reflektieren zu können, ist es notwendig, sich über die Funktion und Lage des öffentlichen Raumes zu verständigen. Ein großer Teil der insbesondere zentral gelegenen öffentlichen Räume sind Durchgangsräume. Sie dienen vor allem dazu, den Fußgängerverkehr im öffentlichen Nah- und Regionalverkehr zu kanalisieren oder aber das Einkaufserlebnis in Fußgängerzonen in Bewegung zu halten. In diesen Räumen entstehen Konflikte vor allem auch durch das Bedürfnis nach Stehenbleiben, Verharren und sich Aufhalten. Die Schnittstellen zwischen Durchgang und Aufenthalt – das heißt, die Orte mit den höchsten Frequenzen und somit auch dem höchsten ökonomischen Potenzial – werden zudem gerne von Menschen besetzt, deren Status unklar, sicher doch als randständig angesehen wird. Das Trinken von Alkohol im öffentlichen Raum sowie der Konsum illegaler Drogen und deren Handel werden vor allem aufgrund ihrer räumlichen Konzentration und damit ihrer Offensichtlichkeit als Ordnungswidrigkeit eingestuft. Damit soll jedoch nicht das »Vergehen« selbst verhindert oder geahndet, sondern nur der Ort im Namen der Öffentlichkeit und/oder im Interesse des ansässigen Einzelhandels vor diesen Ordnungswidrigkeiten »bewahrt« werden (vgl. Dangschat 2009).



Will man die integrative Bedeutung öffentlicher Räume einordnen, so ist nach deren Bedeutung im städtischen Kontext zu unterscheiden. Im stadtreionalen Maßstab rücken die zentralen Plätze vor Rathäusern, Kirchen und anderen historischen, meist öffentlichen Gebäuden in den Fokus. Dazu gehören aber auch zentrale Verkehrsknotenpunkte (Bahnhöfe und deren Vorplätze, Fußgängerzonen) und die öffentlichen Verkehrsmittel selbst. Einkaufszentren und Bahnhöfe sind rechtlich gesehen keine öffentlichen Räume. Daher sind »zweckfremde« Verhaltensweisen mittels Hausordnungen untersagt und ordnungsrechtlich kontrollier- und diskriminierbar. Die zentralen öffentlichen Räume »gehören« jedoch nicht nur allen (?) Stadtbewohnenden, sondern auch den Touristinnen und Touristen. Sie werden daher zunehmend als »Visitenkarten« designed, wie Schaufenster dekoriert und wie Bühnen bespielt. Ein globaler Wettbewerbsdruck bringt die Verantwortlichen von Stadtverwaltung und -politik immer stärker dazu, diese zentralen öffentlichen Orte nach einer einheitlichen Designsprache zu gestalten und hinsichtlich der sozialen Bandbreite zu »harmonisieren«. Genauer gesagt: Es findet ein ‚designing out‘ sozialer Problematik nach dem Motto ‚Aus den Augen, aus dem Sinn‘ statt (vgl. Dangschat 2009).

Auf Bezirks- oder Stadtteilebene wirkt sich dieser globale Druck, die Gestaltungs- und Ordnungsaktivität, die vom Wettbewerb und der Selbstdarstellung der Städte geprägt ist, weniger stark auf den öffentlichen Raum aus. Hier nehmen der Einzelhandel, die lokalen Medien und die Kommunalpolitik eine größere Bedeutung ein. Zudem spielt das kollektive Erinnerungsvermögen – die ‚longue durée‘ – insbesondere dann eine große Rolle, wenn das Zentrum ein Ortskern eines eingemeindeten Vorortes ist. Selbst in einer Großstadt spielen auf Bezirks- und Stadtteilebene eher klein- und mittelstädtische Bezüge eine Rolle: Man weiß, wer dazu gehört, kennt und grüßt sich, grenzt aber auch diejenigen Gruppen aus, die sichtbar nicht dazu gehören oder dazu gehören wollen. Insbesondere in der Konstellation des Ausgrenzens findet eine demonstrative Besetzung des öffentlichen Raumes statt, und die tonangebende (klein)bürgerliche Mitte drängt auf Verdrängung derer, die ihrem Kohäsionsanspruch nicht gerecht werden (wollen).

Die öffentlichen Räume innerhalb der Wohnviertel fungieren als »verlängerte Wohnzimmer«, sowohl in ihrer identifikativen und demonstrativen Form als auch in Form der Definitionsmacht darüber, wer sich dort aufhalten sollte. Gerade diejenigen, die schon länger dort wohnen, haben den Anspruch, definieren zu dürfen, was und wer akzeptiert werden sollte. Wird dieser Anspruch von Personen ethnischer Minoritäten und/oder (männlichen) Jugendlichen durch deren Anwesenheit streitig gemacht, ziehen sich die »Alteingesessenen« entweder frustriert zurück oder setzen Hebel in Bewegung, die ihnen nach wie vor die hegemoniale Macht absichert. Grundsätzlich lassen sich die Wohngebiete, in denen eine hohe Integrations-Notwendigkeit besteht, idealtypisch in Wohnquartiere der Nachkriegs-Moderne (insbesondere Großsiedlungen der 1970er und 1980er Jahre) und in Innenstadtnahe, ehemalige Arbeiterquartiere mit einem hohen Migrantinnen und Migranten-Anteil unterscheiden. Im ersteren Typus ist der städtebaulich begrenzte, öffentliche Raum (der zentrale Platz mit allen öffentlichen Einrichtungen, Ladenzentrum und sozialer Kontrolle), gebaut für eine ursprünglich soziodemografisch und sozioökonomisch homogene Gruppe, zu eng geworden, um die heute bestehende soziale Vielfalt mit ihren Raum- und Abstandsansprüchen noch aufzunehmen. In diesen öffentlichen Räumen herrscht ein Verdrängungswettbewerb zu Lasten »schwächerer« sozialer Gruppen. Die »Verlierer« resignieren meist und ziehen



sich zurück (,exit'). Es dominieren häufig männliche Jugendliche mit migrantischem Hintergrund, was aufgrund der ,visibility' dazu führt, dass die Zahl der Zugewanderten als höher empfunden wird, als sie tatsächlich ist. In den innenstadtnahen ehemaligen Arbeiterquartieren hat die deutsche Bevölkerung ebenfalls wenig Geld zur Verfügung, ist aber jünger, besser gebildet und sieht in den Zugewanderten seltener eine Konkurrenz – im Gegenteil kommt es eher zu einer interethnischen Solidarität gegen »die, da oben«.

### **Was kann man im öffentlichen Raum tun, um die Integrationskraft einer Stadtgesellschaft zu stärken?**

Zuerst sollte an dieser Stelle eingeordnet werden, inwieweit die Gestaltung öffentlicher Räume zur Integration der Stadtgesellschaft zumindest vor Ort beitragen kann. Definitiv werden durch die Gestaltung (als materielles Ergebnis und/oder als Prozess des Interessenausgleichs) nicht die materiellen Ursachen einer Des-Integration berührt: Weder kann damit die Armut »bekämpft« werden, noch können die gesellschaftlich konstruierten Unterschiede zwischen Ethnien oder Geschlechtern bedeutungslos gestellt werden (vgl. Steindl 2011). Es können aber Lernräume geschaffen und somit Vorurteile abgebaut werden. Somit geht es also allenfalls darum, die desintegrativ wirkenden Kräfte in Teilen zu kompensieren.

Was kann vor diesem Hintergrund ein »Erfolgsindikator« für Integration sein? In erster Linie ist ein öffentlicher Raum dann integrationsunterstützend, wenn sich möglichst viele und möglichst unterschiedliche Menschen mit diesem Raum identifizieren können. Zweitens sollten möglichst viele und unterschiedliche Menschen für sich das Gefühl haben, den Abstand zu »den Anderen« vor Ort selbstbestimmt und nach eigenen Interessen regeln zu können. D. h. bestimmen zu können, mit wem sie sich wann und zu welchem Anlass im öffentlichen Raum treffen wollen. Beide Kriterien – so plausibel sie auch sein mögen – garantieren jedoch noch nicht, dass massive Konflikte in einem so beschriebenen Raum zwischen »unüberbrückbaren Gegensätzen« aufbrechen und vor Ort ausgetragen werden. Einen wesentlichen Beitrag zur Integration leisten drittens sozial verantwortliche Formen der Raumergreifung. Diese stören »die Anderen« möglichst wenig und ermöglichen die »Brückenbildung« zwischen den unterschiedlichen Gruppen (in der Literatur spricht man daher auch vom ,bridging' resp. vom ,strengthening of the weak ties'; vgl. Alich & Dangschat 1998, Breitfuss et al. 2006, Dangschat 2011a, b). Gerade der zweite Aspekt ist bedeutsam, denn in den »überforderten Nachbarschaften« ist es notwendig, Prozesse in Gang zu setzen und zu halten, bei denen unterschiedliche Gruppen und Interessen im Raum zusammengeführt und nach einer für alle Seiten zufriedenstellenden Lösung gesucht werden sollten.

Es ist also nicht der Platz resp. der Park in seiner neu gestalteten Form selbst, der die Integrationskraft darstellt (auch wenn Architektinnen bzw. Architekten und Landschaftsplanerinnen und -planer stolz sein mögen, ihre »Handschrift« dem Ort hinterlassen zu haben und KommunalpolitikerInnen den Ort medienwirksam eingeweiht haben). Wichtiger für die Integrationsfähigkeit eines öffentlichen Raumes (in Gestalt eines gebauten Raumes) sind vielmehr Prozesse, die unterschiedliche Gruppen und Interessen zusammenführen. Umgekehrt ist ein funktional sinnvoll gebauter Raum, der handwerklich gut ausgeführt und gut gestaltet ist eine notwen-



dige, aber eben nicht hinreichende Voraussetzung für eine kohäsive Wirkung. Denn dieser integrierend gestaltete Raum kann zum einen nicht oder nur sehr einseitig genutzt werden. Zum anderen können die Unterschiede zwischen den Gruppen aufgrund ihrer Sichtbarkeit und ihres Bemühens, diesen Raum zu dominieren, konfliktreich ausgelebt werden. Eine »gute« Architektur und/oder ein »guter« Städtebau sind eben noch kein Garant dafür, dass dort eine »gute« Gesellschaft entsteht (auch wenn das manche Architektinnen und Architekten anders sehen). (1)

Unterschiedliche Interessen hinsichtlich der Nutzung eines gemeinsamen öffentlichen Raumes müssen ausgehandelt und fair organisiert werden. Hierfür sind verschiedene Formen der Beteiligung angemessen und angebracht. Mittlerweile gibt es genügend gute Beispiele, wie mit den Problemen und Schwächen gängiger Partizipationsverfahren (sozial-selektive Beteiligung, kleine Zahlen Beteiligter, überfrachtete Prozesse, unklare Spielregeln, unklare Rollenverhalten, angemessene Mischung aus fachlichen Vorgaben und Gestaltungsspielräumen) umgegangen werden sollte (vgl. Pfenning 2011). Um zum Beispiel das Problem der sozialen Selektivität anzugehen, sollten im Vorfeld von Beteiligungsprozessen spezifische Empowerment-Maßnahmen mit Menschen mit Zuwanderungshintergrund und den weniger gebildeten und sprachlich nicht so eloquenten Einheimischen durchgeführt werden. Denn gerade zwischen diesen Gruppen bestehen oftmals die größten Vorbehalte. Die spezifischen Empowerment-Maßnahmen sollten es diesen beiden Gruppen ermöglichen, untereinander ihre Bedürfnisse an den öffentlichen Raum formulieren zu können. Hierzu ist es wichtig, auch nicht-sprachliche Formen der Kommunikation zu nutzen. Bei der Aktivierung ist jedoch auch zu berücksichtigen, dass viele der in den »Problemgebieten« lebenden Menschen nie wirklich nach ihrer Meinung gefragt wurden. Oftmals wird das formale »Sprachproblem« als Grund dafür genannt. Dahinter verborgen bleiben jedoch häufig auch die kulturellen Unterschiede. In traditionellen Milieus wird eher selten ein Problem »ausdiskutiert«, sondern von einer Person entschieden. Ein solches Vorgehen »autoritär« zu nennen, entspricht einer weit verbreiteten mittel-schicht-orientierten Emanzipation, während es in den traditionelleren Milieus als Schwäche gilt, wenn nicht top-down entschieden wird.

Schließlich haben sich partizipative Verfahren der Gestaltung öffentlicher Räume insbesondere dann als erfolgreich – gerade auch hinsichtlich ihrer integrativen Kraft (für Alt und Jung, zwischen Ethnien und ihren Verhaltensweisen, zwischen Lebensstilen und Milieus) – erwiesen, wenn sie über die Diskussion und Einwirkungen auf Entscheidungen auch die Möglichkeiten eröffneten, selbst Hand anzulegen und den Identifikationsraum aktiv mit zu gestalten. Damit entsteht eine Verantwortlichkeit für den Erhalt und die Pflege des »gemeinsamen Raumes«. Dort weicht die »organisierte Unverantwortlichkeit« auch einer gewissen Bereitschaft zur sozialen Kontrolle.



## Anmerkungen

---

(1) Diesem Missverständnis ist offensichtlich auch die Deutsche Bundesregierung aufgesessen, als sie die Sparmaßnahmen im Bund-Länderprogramm »Soziale Stadt« ausgerechnet dort ansetzte, wo die Integrationsarbeit geleistet wird. Mit dem Zurückschneiden des Programms auf ausschließlich investive Maßnahmen folgt man der Obsession, man könne durch gebauten Raum die Gesellschaft direkt und gesteuert beeinflussen. Damit wird der Wert der Unterstützungsprozesse, die Integration voranbringen, verkannt. Solange die Maßnahmen, die den Integrationsprozess steuern, immer noch als »konsumtiv« angesehen und sie nicht als wertvolle »Investition in eine zukunftsstabile Stadtgesellschaft« begriffen werden, wird das Sparen am falschen Fleck jedoch auf Dauer gestellt werden.

## Literatur

---

Alisch, Monika & Dangschat, Jens S. 1998: Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Opladen: Leske + Budrich.

Beck, Ulrich. 1995. Die »Individualisierungsdebatte«. In: Schäfers, Bernhard (Hrsg.): Soziologie in Deutschland. Entwicklung, Institutionalisierung und Berufsfelder, theoretische Kontroversen. Opladen: Leske + Budrich, S. 185-198.

Breitfuss, Andrea; Dangschat, Jens S.; Gruber, Sabine; Gstöttner, Sabine & Witthöft, Gesa 2006: Integration im öffentlichen Raum. Stadt Wien, Magistratsabteilung 18 (Hrsg.): Werkstattbericht, Nr. 82.

Dangschat, Jens S. 2009: Symbolische Macht und Habitus des Ortes. Die »Architektur der Gesellschaft« aus Sicht der Theorie(n) sozialer Ungleichheit von Pierre Bourdieu. In: J. Fischer & H. Delitz (Hrsg.): Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie. Bielefeld: Transcript-Verlag: 311-341.

Dangschat, Jens S. 2011a: Social Cohesion – eine Herausforderung für das Wohnungswesen und die Stadtentwicklung? In: vhw Forum Wohneigentum, 1/2011. 3-8.

Dangschat, Jens S. 2011b: Miteinander im Quartier. In: Oberste Baubehörde Im Bayerischen Staatsministerium des Inneren (Hrsg.): Wohnmodelle Bayern, Band V. Im Druck.

Florida, Richard 2002: The Rise of the Creative Class. And How It's Transforming Work, Leisure and Everyday Life. New York, Basic Books.

Pfenning, Uwe 2011: Bürgerbeteiligung in der Moderne – moderne Bürgerbeteiligung?. In: Stiftung MITARBEIT (Hrsg.): Die Zukunft der Bürgerbeteiligung. Herausforderungen, Trends, Projekte. Bonn: Verlag Stiftung MITARBEIT: 141-161.





Steindl, Mari 2011: Partizipation – der Schlüssel zur Integration. In: Stiftung MITARBEIT (Hrsg.): Die Zukunft der Bürgerbeteiligung. Herausforderungen, Trends, Projekte. Bonn: Verlag Stiftung MITARBEIT: 91-107.

Urry, John 2000: Mobile Sociology. In: British Journal of Sociology, Vol. 51, No. 1, S. 185-203, wiederabgedruckt in: The BJS: Shaping Sociology Over 60 Years (2010), S. 347-366.

Urry, John 2007: Mobilities. London: Polity.

---

### **Autor**

**Prof. Dr. Jens S. Dangschat** (Soziologe und Stadtsoziologe) ist Professor und Leiter des Fachbereichs Soziologie an der Technischen Universität Wien, Fakultät für Raumplanung und Architektur, Department für Raumentwicklung, Infrastruktur- und Umweltplanung. Seine Forschungsschwerpunkte sind soziale Ungleichheit und Segregation, Partizipation und kommunale Regulation, Raum- und Planungstheorie sowie nachhaltige Regionalentwicklung. Ziel seiner Forschungen ist es, Strukturen und Prozesse moderner Gesellschaften aus einer historischen Betrachtung heraus zu verstehen, zu analysieren und Erkenntnisse sowie Handlungsempfehlungen für die vielschichtigen planerischen, städtebaulichen und architektonischen Handlungsfelder zu erarbeiten und zu vermitteln. Im Mittelpunkt stehen dabei v. a. sozialwissenschaftliche und methodische Aspekte sozialräumlicher Strukturen und Prozesse.

### **Kontakt:**

Prof. Dr. Jens S. Dangschat  
TU Wien – Fachbereich Soziologie  
Paniglgasse 16  
1040 Wien  
Telefon: +431 58801-280601  
E-Mail: [jens.dangschat@tuwien.ac.at](mailto:jens.dangschat@tuwien.ac.at)  
<http://isra.tuwien.ac.at>

---

### **Redaktion Newsletter**

Netzwerk Bürgerbeteiligung  
c/o Stiftung MITARBEIT  
Redaktion Newsletter  
Bornheimer Str. 37  
53111 Bonn  
E-Mail: [newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de](mailto:newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de)